

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Handwerken, Gewerbebetrieben, Mühlen und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis: vierteljährlich 7,10 Mark, unter Straußbach 7,75 Mark.  
Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger u. verantwortl. Redakteur: Dr. Klein, Berlin-Charlottenburg.  
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Spillergasse 6.  
Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin-Charlottenburg.

Druckkosten werden durch die Abonnenten getragen. Postamtliche 48 Pfennig.  
Schluss für Inserate: Montag, früh 8 Uhr.

## 65 000 Auflage hat jetzt die Verbands-Zeitung; immer mehr Agitation!

### Bekanntgabe.

Unkläglich der durch den Tod des Kollegen Kagerl notwendig gewordenen Übergabe der Kassengeschäfte an den stellvertretenden Verbandskassierer, Kollegen Goppe, sind am heutigen Tage Kasse, Bücher und Belege revidiert und für richtig befunden worden.

Berlin, den 19. Mai 1919.

Die Revisoren:

L. Schapp, Andr. Blochmann, W. H. Köstzig, E. Tackert.

### Zur fünften Million.

Vor zwei Monaten konnten, schreibt Paul Ummert, wir der Presse die Mitteilung zugehen lassen, daß die der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften die dritte Mitglieder-Million erreicht hätten. Mit dem Ausgang des Monats April sind die Gewerkschaften in die vierte Million an Mitgliedern eingetreten, und wenn die Entwicklung in diesem Tempo weitergeht, wofür alle Anzeichen sprechen, kann der Deutsche Gewerkschaftsbund, über dessen neue Satzung der Gewerkschaftskongress zu Nürnberg in der ersten Juliwoche dieses Jahres beschließen wird, seine Wirksamkeit mit fünf Millionen Mitgliedern beginnen.

Die gegenwärtige Mitgliederzahl bedeutet seit Ende September fast eine Verdreifachung. Das dritte Vierteljahr 1918, das letzte vor dem Waffenstillstand, wies einen Stand von 1 415 452 Mitgliedern auf. Im vierten Vierteljahr war der Zuzug nur mäßig. Die Hochzeit setzte erst im Januar dieses Jahres ein. Mit Ende Januar war der Stand der Fortkriegszeit erreicht, Ende Februar die dritte Million und Ende April die vierte Million. Die letzten Mitgliederziffern, soweit sie festgestellt werden konnten, ergeben 4 022 656. Dabei sind für etwa ein Drittel der Gewerkschaften neue Zahlen seit dem dritten Vierteljahr 1918 noch nicht ermittelt. Da aber auch diese fast alle einen Zuwachs aufweisen und ein Teil der anderen Mitgliederziffern heute auch bereits überholt sein dürften, so ist der wirkliche Stand der Gewerkschaften sicher noch größer. Von den 50 Gewerkschaften zählt eine, der Metallarbeiterverband, über eine Million, nämlich 1 006 998 Mitglieder. Zehn Verbände weisen über 100 000 Mitglieder auf. Es sind dies die Verbände der Fabrikarbeiter 400 000, Transportarbeiter 272 000, Bauarbeiter 270 000, Eisenbahner 250 000, Holzarbeiter 222 043, Textilarbeiter 210 669, Bergarbeiter 200 000, Gemeindefabrikarbeiter 166 155, Landarbeiter 150 000 und Handlungsgehilfen 135 000. Die genannten elf Verbände umfassen 3 233 651 Mitglieder oder mehr als 80 Proz. der Gesamtzahl. Zwischen 50 000 bis 100 000 Mitglieder haben vier Verbände (Brauerei- und Mühlenarbeiter, Buchdrucker, Schneider und Schuhmacher) und zwischen 20 000 bis 50 000 Mitglieder acht Verbände (Wäcker und Konditoren, Buchbinder, Gastwirtschaftsgehilfen, Glasarbeiter, Maler, Maschinisten, Tabakarbeiter und Zimmerer). Dann folgen neun Verbände zwischen 10 000 bis 20 000 Mitglieder (Buchdruckerhilfsarbeiter, Bureauangestellte, Gärtner, Hausangestellte, Sutarbeiter, Lederarbeiter, Fleischer, Korzellanarbeiter, Sattler und Portefeuillier), während 17 Verbände weniger als 10 000 Mitglieder zählen. Vergleicht man diese Ziffern mit denen der Vorkriegszeit, so haben besonders die baugewerblichen Organisationen ihre frühere Mitgliederstärke noch nicht erreicht. Diese Verbände hatten vor dem Kriege 502 093 Mitglieder und zählen jetzt erst 371 989; stehen also noch mit nahezu 130 000 Mitgliedern im Rückstand. Dagegen haben einen gewaltigen Zuwachs aufzuweisen die Verbände der Metallarbeiter (+ 475 000), Eisenbahner (+ 250 000), Fabrikarbeiter (+ 193 000), Landarbeiter (+ 127 000), Gemeindefabrikarbeiter (+ 111 000), Handlungsgehilfen (+ 109 000), Bergarbeiter (+ 98 000), Textilarbeiter (+ 77 000),

Transportarbeiter (+ 44 000), Schneider (+ 41 000), Holzarbeiter (+ 30 000) und Schuhmacher (+ 21 000). Zweifellos können sich noch erhebliche Wachstumsbewegungen der Mitgliederstärke ergeben, wenn erst die Baugewerke und die damit zusammenhängenden Berufe wieder in Tätigkeit treten. Über vorläufig ist der Anstieg zu den Gewerkschaften noch im Wachsen begriffen. Die Gewerkschaftshäuser wimmeln von Aufnahmehelfenden und die Feuerungsbewegungen führen den Gewerkschaften immer neue Tausende in ihre Reihen. Dabei stellt sich heraus, daß die Gewerkschaften kaum Kräfte genug haben, um dem Verlangen nach Tarifverträgen zu genügen, denn überall macht sich der Drang nach kollektiver Regelung der Arbeitsverhältnisse geltend.

Die Hoffnung auf fünf Millionen Mitglieder der freien Gewerkschaften bis zum Gewerkschaftskongress dürfte zweifellos in Erfüllung gehen. Schon jetzt sind die obigen Ziffern bedeutend überholt: im Metallarbeiterverband um 214 000, im Bergarbeiterverband um 200 000, im Transportarbeiterverband um 78 000, im Holzarbeiterverband um 29 000, also über 1/2 Million. Auch die übrigen Verbände haben den Verhältnissen entsprechende Zunahmen. Es ist nur zu wünschen, daß unsere Kollegen alles daran setzen, daß der Anteil unseres Verbandes an dem Aufschwung noch ein recht ansehnlicher wird.

### Neuorientierung der Gewerkschaften.

#### I. Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft.

Schwere und andauernde Explosionen hat die Arbeiterschaft in der letzten Zeit über sich ergehen lassen müssen. Kein Wunder. Wenn alles in einer so heillosen Gärung begriffen ist, daß sich kein Mensch mehr in dem tollen Wirrwarr unserer Tage auskennt, dann bedarf es wahrlich keiner großen Mühe, mehr, um die bis zur Stenohalogen gesteigerte Erregung gewalttätig alle Schichten durchdringen zu lassen. Wie lange hat die Arbeiterschaft darauf gewartet, daß sie frei sein sollte von allen Unterdrückungen politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Natur! Wie lange hat sie um das elementarste Recht gekämpft, selbst mitreden und beschließen zu können in allen Fragen, die ihr eigenes Geschick berühren! Wie lange schon sehnte sie sich nach dem Augenblick, in dem sie nicht mehr nur das Opfer des Schicksals zu sein braucht, das dem Drogen des Menschengefährdungs goldene Tage verschafft, selber aber im Stand, in Freiheit und Ehre zu gehen! Und nur die Raubgewalt des Revolutionsgedankens, der durch nichts zu ersühnende Glaube an den endlichen Wandel der Zeiten war der Stab, an dem wir uns alle in den jetzt hinter uns liegenden Jahren der Ohnmacht hochgehalten haben. Doch jetzt, da zur Wirklichkeit wird, was früher bei vielen nur als schöne Utopie galt und was kaum einer aus der gegenwärtigen Generation selber noch zu erleben gehofft hatte, jetzt zeigt sich eine weitverbreitete Unzufriedenheit gerade in dem Kreise, die über Nacht aus den dunkelsten Tiefen an die Oberfläche des Geschehens getragen in den Besitz der Macht gekommen sind. Eine fieberhafte Unruhe und Ungeheul beherrscht alle, auch die, die äußerlich ruhig scheinen.

Warum aber diese Unzufriedenheit und aufgeregte Spannung allenthalben? Die ersten Tage der Revolution hatten überall guten Erfolg gezeugt. Das ja gänzlich Neue und Ungeordnete, der Bruch mit den alten eingewurzeltsten Überlieferungen beherrschte die Geister vollständig, die auch in sich noch nicht jene totale innere Zerrissenheit in dem Ausmaße zeigten, mit der sie jetzt antworten. Der zunächst bewirkte staatsrechtliche Wurf in Verbindung mit dem Aufheben des Völkermordens brachte täglich neue Momente, die zunächst über die katastrophalen Erschütterungen des öffentlichen Lebens hinweg die überschüssige Demobilisierung hinwegwuschten. Als diese sich jedoch mehr und mehr bemerkbar machten und die große Volksnot der Arbeitslosigkeit begann, die Gefahr des Nahrungsmittelmangels immer drohender und auch die Fortschritte des

staatsrechtlichen Aufbaues der jungen Republik dem großen Massen nicht recht greifbar wurde, da gewann die meiste Ungeheul und Unzufriedenheit ständig an Boden, stark gefördert durch die politischen Gegensätze. Das und Gend unserer Tage boten der zum Teil ägerrten Mittelschicht Nahrung. Die ins Ungeheure angeschwollene Zahl der Arbeitslosen, die vielfach so völlig grundlos als arbeitslos beschimpft wurden, gab einem guten Besonnenen Grund, die dann die großen Explosionen im Sozialen, im Mitteldeutschland und im Berlin alles wirtschaftliche Leben zum Erliegen brachten.

So ist es auf wirtschaftlichem Gebiet — das rein politische soll hier ausgeklammert sein — zum guten Teil die Ursache, daß der aufstrebenden Erkenntnis, daß es jetzt noch mehr denn fünf Monaten der Umwälzung noch nicht gelungen ist, die kapitalistische Wirtschaftsordnung restlos zu beseitigen, ja ihr noch nicht einmal ernstlich auf dem Leib gerückt zu sein, die ihr gerüttelt Maß zu der großen Unzufriedenheit beigetragen hat. Aus dieser Erkenntnis entspringt als Folge des Unverstandes in den Novembertagen eine selbstredend recht gut zu erklärende Ernüchterung, die sich bei einem Teile in einer wachsenden Enttäuschung und Enttäuschung äußert und deren Bewertung der Revolution sich in der Behauptung erschöpft, daß diese dem arbeitenden Volke überhaupt nichts gebracht habe. Andere wieder bescheiden sich mit den fargen materiellen Vorteilen, die ihnen geworden sind, sie zeigen kein ernstliches Wollen und Verlangen danach, auch andere, ökonomisch-rechtliche und ideale Vorteile herbeizubringen. Die gleiche jugendliche Gleichgültigkeit, die schon früher ihr besondres Kennzeichen gewesen ist, haften ihnen auch heute wieder an. Und wieder andere greifen, um ein schnelleres und gewalttätigeres Vordrängen der Revolution zu erzwingen, zu Feuer und Schwert oder, um profanischer zu reden, zu Revolver und Maschinengewehr. Wer zweifelt daran, daß diese widerstreitenden Gesinnungen in dem fürchterlichsten Gegensatz zueinander kommen und so den unglücklichsten Zustand herbeiführen müssen, der das überaus tragische Schicksal der letzten Zeit gewesen ist. So viele glauben und glauben mehr oder weniger noch, daß zugleich mit der Revolution die bereits vollzogene Neugestaltung der Dinge sich zeigen würde, daß pünktlich mit dem Glockenschlag die alte Zeit zu Grabe getragen, dafür aber der neue Geist im feiner Vollendung dastehen würde und nun nichts mehr zu tun sei, als nur noch nach dem Geschehen des Ideals zu leben. Man verkennt eben, daß identisch mit Revolution nur das Wüßereien des alten Zustandes sein kann und daß die Bildung des neuen aber erst im Fortschreiten härtester aufbauender Arbeit möglich ist. Die Unzufriedenheit, die sich jetzt allenthalben zeigt, ist deshalb zunächst und zum Teil eine Folge falscher Einschätzung des allem gleich sichtbaren Einflusses der Revolution in materieller Hinsicht. Und als auch im Verfassungsentwurf das neue Reiches nicht so recht handgreiflich enthalten war, das den Unzufriedenen und Ungebildeten etwas von eigenem zukünftigen Wohlstand der Arbeiterschaft war und allen sichtbar zeigte, vom Zukunftsrecht derselben Arbeiterschaft, die die Trägerin der Revolution war, da war es mit aller notdürftig behaltener Ruhe aus und vorbei. Der Druck der Arbeitermassen sollte ein und es muß schon gesagt werden, daß es ungleich besser gewesen wäre, die leitenden Kräfte des Staates hätten sich diesem Druck nicht erst ausgeliefert. Darüber täusche man sich nicht: Unter dem Unzufriedenen befinden sich Scharen von denjenigen, die auf der Seite der Regierungsmänner stehen, ja man behauptet nicht zuviel, wenn man sagt, daß in dem Kreise der Arbeiterschaft überhaupt niemand zufrieden und einverstanden ist mit dem, was bisher schon geschaffen wurde.

Bei alledem muß man aber doch anerkennen, daß die materiellen Erfolge der Arbeiterschaft nicht gar zu gering bemerkt werden dürfen, als das vielfach geschieht. Wenn sie sich nicht bei jedem einzelnen sichtbar auswirken, dann liegt das nicht an der Materie selber, sondern an den verarmten wirtschaftlichen Zuständen, unter denen wir augenblicklich zu leben haben. Und zum anderen sind es Erfolge, die nicht als solche angesehen werden, sondern als Selbstverständlichkeiten der Revolution. Daß die



lassen wollen, das Tarifverbot, das mit dem Verband Dresdener Brauereien vereinbart ist, anzuerkennen und dieselben Tarifbestimmungen zu gewähren, wie solche seit März vereinbart sind. Die Brauerei Plauenischer Lagerkeller hat sich verweigert, sich um die Anerkennung der Arbeiterorganisation heranzulassen und wollte die Direktion auch sonst von einem korporativen Vorgehen der Arbeiter nichts wissen, indem sich dieselbe ein solches entschrieben hat. Bereits am 15. November wurde in einem Schreiben der Wunsch zum Ausdruck gebracht, das Tarifverhältnis anzuerkennen. Obwohl sich die Direktion damals bereit erklärte, in eine unterthänige Auftragsdarüber einzutreten, hat sie diese Unabwendbarkeit bis jetzt aufrechterhalten können. Im Monat Dezember wurde der Arbeiter- und Soldatenrat sowie das Arbeits- und Wirtschaftsmittelamt angeregt, doch auch gegen diese Instanzen hat sich die Direktion damals ablehnend verhalten. Der Schlichtungsausschuss hat sich zusammen mit dem Plauenischen Lagerkeller befugt und ist auch dort eine Verständigung nicht möglich gewesen. Alle Versuche einer Verständigung scheiterten an der Ablehnung des Herrn Direktors Niemer samt des Aufsichtsrates.

Nun dürfte es gewiß interessieren, wie hoch die Entlohnung der Brauereiarbeiter war. Sie betrug bei Ausbruch des Streiks 15 bis 20 Mk. pro Woche weniger als in den übrigen Brauereien. Und immer wurde den Arbeitern durch Versprechungen zugewinkt, sich mit den Verhältnissen durch Unterschrift zufriedenzustellen. Die Arbeiter überließen jedoch dieses Mal standhaft und lehnten eine Unterschrift ab. Wüthten sie doch ganz genau, daß Versprechungen im Plauenischen Lagerkeller an der Tagesordnung waren, jedoch immer Enttäuschungen nach sich zogen.

Ein Versuch, noch vor Arbeitsniederlegung eine Verständigung zu erreichen, scheiterte an dem harten Verhalten des Herrn Direktors Niemer, welcher sich nicht dazu herbeilassen konnte, eine Verhandlung mit dem Aufsichtsrat in die Wege zu leiten. Seiner Ueberzeugung getreu hatte er sich natürlich auch sofort um Schutz an die Polizei wende des 23. Bezirks gewandt und Hilfe von dort erbitten. Die Polizei hat natürlich auch angenommen, daß Herr Niemer bitter zu leiden hat und dementsprechend erschien dieselbe, um sich zu erkundigen. Obwohl die Streikenden durch das provozierende Verhalten des Herrn Niemer und eines Kutschers samt dessen Frau in Erregung versetzt wurden, ist es bisher zu irgendwelchen Tälichkeiten nicht gekommen. Dieselben sind aber unvermeidlich, wenn die Polizei die Finger nicht davon lassen kann. Herr Niemer zum hat bereits mit der Peitsche gedroht und auch der Kutscher, welcher im Geschäft wohnt, hat mit der Peitsche zugeschlagen, so daß die Schwestern auf der Hand eines Streikpostens ersichtlich waren und auch von der Polizei beobachtet werden konnten. Trotzdem hält es die Polizei für gegeben, den Streikposten gute Ratsschläge zu erteilen, während sie sich auf der anderen Seite schüchtern vor den Herrn Direktor Niemer samt seiner Helfershelfer stellt. Gegen eine derartige Stellungnahme müssen wir entschieden Verwahrung einlegen, der Polizei geht dieser wirtschaftliche Kampf absolut nicht das geringste an.

Auch das Verhalten des Schlichtungsausschusses verdient eine scharfe Kritik. Am 18. Mai ist Klage über Antrag zur Beilegung des Streiks eingereicht und nachdem man uns erst am Donnerstag, den 22. Mai, bekräftigt hat, wo Termin stattfinden sollte, hat man diesen Termin auf Freitag, den 28. Mai, festgesetzt. Man braucht sich deshalb durchaus nicht wundern, wenn in Arbeitnehmertreffen ein gewisses Mißtrauen entsteht, hervorgeufen durch eine derartige Verzögerung.

Nun versucht auch die Direktion, durch unmaßige Behauptung die Angelegenheit und den Streik anders hinzustellen als es in Wirklichkeit der Fall ist. Herr Direktor Niemer hat gegenüber der Direktion der Aktienbrauerei Reifweis erklärt, es handle sich bei dem Streik nicht etwa um Lohnforderungen, sondern er wolle nur den Tarifvertrag nicht anerkennen. Gleichzeitig hat er die Brauerei Reifweis ersucht, hier nach Dippoldiswarde in der Niederlage des Plauenischen Lagerkellers dortselbst zu liefern. Die Brauerei ist darauf hineingefallen, indem sie 35 Hektoliter nach dort sandte. Daß durch solche Mäntel mehrere Kräfte hineingezogen werden, müßte doch auch jedem einleuchten, der die gegenwärtigen Verhältnisse in Betracht zieht. Herr Direktor Niemer kann versichert sein, daß er diesmal nicht wird schalten und walten können, wie er es vor dem Streik bereits zweimal versucht hat. Löhne von 65 bis 70 Mk., die nebenbei bemerkt erst einmal zur Auszahlung gelangt sind und vor dem noch 10 Mk. weniger betragen, passen in die heutigen Verhältnisse nicht mehr hinein. Die streikenden Brauereiarbeiter stehen geschlossen und werden sich in ihrem Recht von keiner Seite beeinflussen lassen. Ferner wollen wir hiermit öffentlich erklären, daß ein Boykott nicht besteht. Die Direktion hat es versucht, den wirtschaftlichen Kampf so hinzustellen, als sei gleichzeitig der Boykott über das Bier ausgeprochen worden, um eine Erschöpfung seitens des Boykottstreikverbandes für Brauereien zu erreichen. Rein, Herr Direktor Niemer, den Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Aber zu unterjochen wäre, wie es möglich ist, ein Geschäft in die Höhe zu bringen, ähnlich der Brauerei Plauenischer Lagerkeller. Aktiengesellschaft.

### Bewegungen im Berufe

#### Brauereien, Bierniederlagen.

† Frankfurt a. M. - Busch. Nach mehrtägigen Verhandlungen mit der Gamberbrauerei G. J. Reichter in Busch wurde die beiderseitige Tarifbestimmung um 10 Mk. pro Woche erhöht.

† Frankfurt a. M. - Reibberg. Nachdem die Reibberger Brauereibesitzer es bei der letzten Tarifvertragsverhandlung auf einen Schlichtungsversuch vor dem Schlichtungsausschuss ankommen ließen, traten sie diesmal in Verhandlung mit der Organisation. Die Tarifbestimmung wurde ab 9. Mai um 10 Mk. pro Woche erhöht. Gleichzeitig trat eine Senkung der Überstundenlöhne um 20 Pf. pro Stunde ein.

† Frankfurt a. M. - Seltens. Endlich ist es gelungen, die Kollegen in Seltens auch für die Organisationsbewegung zu gewinnen. Ein Tarifvertrag wurde dem besten Brauereibesitzer unterbreitet. Nach längerer Verhandlung wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden im 14stündigen Anwesenheitszeitraum und für das Jahrverdienst 15 Mk. pro Woche erhöht. Eine wesentliche Erhöhung erfuhr auch die Überstundenlöhne. Urlaub von 8 bis zu dreiwöchentlich des Lohnes vom Arbeitgeber bezahlt.

† Frankfurt a. M. - Seltens. In den Kollegen selbst liegt es nun, ihre Organisationsbewegung zu halten, um bei gegebener Zeit einen weiteren Vorstoß zur Verbesserung der Lebenshaltung machen zu können.

† Garm. - Mäben. In Verhandlungen mit der Brauerei Garm. Hause wurden die Löhne für Oberkeller auf 70 Mk., für Bierfahrer und Hilfsarbeiter auf 65 Mk. wöchentlich festgesetzt. Die Zulage beträgt 24 Mk. pro Woche. Überstunden wöchentlich mit 150 Pf., Sonntags mit 50 Pf. Zuschlag. Die Versicherungsbeiträge trägt die Firma. Diese Abmachung hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober.

† Garm. - Mäben. Die Lohnbewegung in der Vereinsbrauerei brachte Zulagen von 25 Mk. pro Woche. Urlaub und Biergeld bleibt wie bisher. Die Versicherungsbeiträge zahlt die Firma.

#### Miscellen.

† Garm. - Mäben. Bei der Firma H. Kaufmann in Garm. a. M. sind etwa 14 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Diese haben sich ohne Ausnahme im Februar d. J. dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband angeschlossen. Dem Drange der Zeit entsprechend, haben die Arbeiter ein, daß es heutzutage ohne Organisation nicht mehr geht. In einigen Betriebsversammlungen wurden die Vorstände der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen herangezogen und wurden die Forderungen eines Tarifvertrages im Beisein des Bezirksleiters, Sozialrat, besprochen, um diese sofort der Firma zu unterbreiten. Anhang wollte Herr Kaufmann nicht recht heraus, mit der Organisationsleitung zu unterhandeln, sondern mit den Arbeitern selber. Diese lehnten es aber ab, der Vertrauensmann erklärte ihm, daß sie sich einzig und allein auf ihre Organisation berufen. Am 10. April fand nun die zweite Verhandlung mit Herrn Kaufmann und dem Vorsitzenden der Zahlstelle Garm. sowie dem Vertrauensmann und einer Arbeiterin statt. Die Forderungen wurden reiflich bewilligt. Es erhalten Oberkeller 150 Mk., Hilfsarbeiter 120 Mk., Arbeiterinnen 80 Mk., jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren 50 Pf., von 16 bis 18 Jahren 60 Pf., von 18 bis 20 Jahren 70 Pf. pro Stunde. Die Löhne sind rückwirkend ab 1. März. Überstunden werden für alle Arbeiter mit 25 Pf. Zuschlag bezahlt. Urlaub wird gewährt nach einem Jahr drei Tage, steigend bis zu einer Woche. Die Arbeitszeit ist eine 48stündige pro Woche.

Es ist dies immerhin ein schöner Erfolg, wenn man in Betracht zieht, daß es sich um einen kleinen, auf dem Lande sich befindlichen Betrieb handelt und früher kein Arbeiter oder Arbeiterin, mit Ausnahme des Käfers, einer Organisation angehörte. Die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten bis vor kurzer Zeit Stundenlöhne von 32 bis 40 und 60 Pf., mit welchem in der gegenwärtigen Zeit absolut nicht auszukommen ist. Deshalb sehen sie auch ein, daß nur durch die Organisation und Einigkeit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden können.

† Garm. - Mäben. Mit der Mühle Mäben wurde vereinbart, daß sämtliche Löhne um 30 Pf. pro Stunde erhöht werden, wöchentlich Überstunden mit 25 Pf., Sonn- und Feiertage mit 50 Pf. Zuschlag. Urlaub nach einjähriger Beschäftigung zwei Tage, nach zweijähriger vier Tage, nach dreijähriger sechs Tage.

Wir erwarten, daß sich sämtliche Beschäftigte dem Brauerei- und Mühlenarbeiterverband anschließen, nur dann können die Löhne so verbessert werden, wie es dem Zeitverhältnisse entspricht. Bereits sind wir nichts, geschlossen eine Woche.

† Kassel. Mit der Mühle Kassel wurden neue Tarifbestimmungen getroffen. Wöchentliches Wochenlohn von 84,60 Mk. Überstunden wöchentlich 1,90 Mk., Sonntags 2,90 Mk., Arbeiter 72 Mk., Überstunden 1,65 Mk., Sonntags 1,90 Mk. Jugendliche Arbeiter bis 16 Jahren erhalten 38,40 Mk., Überstunden 1 Mk.; von 16 bis 18 Jahren 48,20 Mk., Überstunden 1 Mk.; von 18 bis 20 Jahren 68,40 Mk., Überstunden 1,25. Bei Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld für 14 Tage bezahlt. Die ersten drei Tage die Hälfte des Lohnes, Urlaub nach zweijähriger Arbeitszeit zwei Tage, nach drei Jahren drei Tage, nach vier Jahren sechs Tage unter Kompensation des Lohnes. Diese Abmachung hat Gültigkeit bis zum 15. September 1919.

#### Brauereien, Geseftfabriken.

† Hamburg. Lohnbewegung der Brauereiarbeiter. In einer Versammlung der Brauereiarbeiter am 28. April berichtete Höhle über den Stand der Lohnbewegung. Die am 8. März dem Industrieverband überreichten Forderungen wurden unter der Begründung, daß die Arbeitgeber ohne eine Preisermäßigung für ihre Produkte nicht betätigen könnten, abgelehnt. Darauf wurden neue Forderungen an die Arbeitgeber gestellt, und diese auch dem Schlichtungsausschuss unterbreitet, da die Arbeitgeber vorher eine Verhandlung abgelehnt hatten. Eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss am 22. April führte zu keinem Ergebnis; der folgende Schlichtungsversuch wurde abgelehnt. Wochenlohn für Hilfsarbeiter 90 Mk., Arbeiter von 17 bis 20 Jahren 72 Mk. (diese sind nur zu leichteren Arbeiten zu verwenden, verdienen sie die Arbeit wie Vollarbeiter, so erhalten sie deren Lohn), jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren 60 Mk., Frauen im Brauereibetrieb 60 Mk., jugendliche Arbeiterinnen unter 17 Jahren 50 Mk., Überstunden sind mit 25 Pf., Sonntagsarbeit mit 50 Pf. Zuschlag zu entlohnen. Die Forderung besonderer Vereinbarung wurde als etwas Selbst-

bestimmlich erklärt. Die Lohnsätze gelten vom 28. März ab. In der Mitteilung zum 28. März, daß auch die Löhne des Schlichtungsausschusses in dieser kurzen Zeit nicht zum Lebensunterhalt ausreichen; da aber innerhalb einer Woche keine Entscheidung über die Lohnsätze (Erhöhung von 20 bis 25 Mk.) für den Schlichtungsausschuss anzuerkennen. Folgende Resolutionen sind einstimmig angenommen: „Die heute am 28. März im Ausschuss der Brauereiarbeiter versammelten Brauereiarbeiter nehmen Kenntnis von dem am 22. d. M. abgelehnten Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses Hamburg in Sachen Lohnforderungen an die Brauereien, Freizeid- und Spiritusfabriken. Sie bedauern sehr, daß der Schlichtungsausschuss den gestellten Forderungen der Arbeitnehmer nicht Rechnung gehalten hat. Der Schlichtungsbescheid entspricht der heutigen Lohnbewegung nicht. Mit dem im Schlichtungsausschuss festgestellten Lohn ist es nicht möglich, die weitere Verleumdung der Brauereiarbeiter aufzuhalten, zumal die Brauereiarbeiter durch die bisherigen schlechten Lohnverhältnisse besonders schwer gelitten haben. Da es mit den jetzt bestehenden Löhnen nicht möglich ist, noch weiter existieren zu können, durch den Schlichtungsbescheid ein, wenn auch ungenügende Verbesserung erreicht. Somit die Versammlung der Brauereiarbeiter zu.“ — Nachtrag: wird gemeldet, daß auch die Arbeitgeber dem Schlichtungsbescheid anerkennen haben.

#### Wahlkriterien.

† Frankfurt a. M. Den Arbeitervereinsvereinen wurden Forderungen auf Erhöhung der Tarifbestimmungen eingereicht. Es ist bis jetzt seit kurzer Zeit kein Tarifvertrag abgeschlossen worden. In den Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen hat die Tarifbestimmung um 10 Mk. pro Woche und Jugendliche um 7,20 Mk. erhöht.

#### Best. Lohnbestimmungen.

† Frankfurt a. M. - Seltens. Die Kollegen der Firma Thomas schlossen sich unserer Organisation an und wurden demgemäß auch Forderungen an die Firma eingereicht. Durch Vereinbarung mit dem Betriebsrat wurden die Löhne um 10 Mk. pro Woche erhöht.

#### Korrespondenzen.

Wien. In der Generalversammlung vom 11. Mai gab Johann Gschweitzer zu dem oberschlesischen Tarifvertrag. Er berief dabei auf die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um Arbeit zu schaffen über die Lösung der Arbeitszeit und Entlohnung der Arbeiter. Das Geltungsbereich des jetzt abgeschlossenen Tarifvertrages umfaßt Opatowitz mit dem Kaiserlichen Arbeiterklub, Landorf, Eibende, Groß-Winterfeld, Ziegel, Kalkberg, Hohenberg, Wöllersdorf sowie den beiden Bräuereien, Hohenberg und Friedberg. Genauso seien noch eine andere Anzahl Verträge abgeschlossen worden für die Arbeiter, Arbeiter und Privatwirtschaftler sowie für eine Holzfabrik in Teltow und für die Spiritusfabrik in Wittenberg. Der Kassenerichter lag der Verhandlung gebührenden Grundem und Ausgaben der Kampfloskolonnen mit 50.725,55 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden 12.179,25 Mk. in die Kassenerichte 10.000,00 Mk. abgeführt. In der Statistik haben eine Summe von 22.259,25 Mk. eine Forderung von 227,14 Mk. gegenüber, mittels einer Arbeitslosenunterstützung von 10.000,00 Mk. Das Arbeitslohnvermögen beträgt sich am 31. März d. J. (Quartal 1919) auf 66.125,89 Mk. — Am Schluß seiner Ausführungen sprach Gschweitzer auf die vielen eingegangenen Beschwerden, betreffend die Forderung der Kassenerichte zu sprechen und machte darauf aufmerksam, daß seitens der Organisation hiergegen nicht eingeschritten werden könne, denn es ist ein Verlangen der Kollegen gewesen, die auf Abschaffung derselben gedrängt haben. Nur ist es geschehen, aber auch dieses wäre nicht recht. — Am Schluß sprach ein Kollege eine Beschwerde über die ihm entgegengesetzten Arbeitslosenunterstützung vor. Ihm wurde entgegen, daß er die ihm übermiesigen Arbeit hätte antreten müssen. Wenn in diesem Betrage Mißstände in Hohenberg oder sonstigen Gegenden bestanden hätten, so würde er der Organisation davon Mitteilung machen, die dann für Abhilfe sorgen könnte.

Kassel. Am 11. Mai fand die Ausschussversammlung statt. Kollege Götze gab den Kassenerichten, den ein sehr guter ist und bewert, daß wir im Kassenerichten begreifen sind. Eine Geschäftsbericht wurde Kollege Götze auch das alle Bewegungen im ganzen Lande mitgeteilt. Auch in den Mitgliedern wird es endlich Zeit, es gibt aber noch eine sehr große Arbeit zu leisten. Kollege Götze erklärte, daß er die Arbeit nicht mehr weiterführen kann. Uebervoll soll er im nächsten Jahr sein. Durch die schließliche Zusammenbindung wird er oft tagelang auf dem Boden liegen; was man früher in einigen Stunden erledigte, dazu braucht man jetzt Tage. Götze ist laut Vertrag nur für den Bezirk Kasselange angestellt, muß nun aber ganz Kassel und verfahren, und dadurch ist es nicht möglich, was nicht möglich wäre, hat hier mit. Zum Punkt 3. Sitzung des Kasseler Ausschusses, stellte sich Kollege Götze auf dem Standpunkt, den der Ausschuss hat auf dieser Seite keine Sitzung erzieht. In der Kasseler, dem Kasseler, hat es sich nicht gezeigt. Anstatt zu einigen wurde der Zeit noch vergraben. Das Kasseler nicht sich einigen, aber der Tag, was ist noch nicht gesagt. Mit einem Witz auf die Kollegen, die nicht einverstanden, um es nicht unmöglich zu machen, daß ein Unangenehmer in einem Betriebe arbeiten kann, erfolgte Schluß.

Wittenberg. Am Sonntag, 11. Mai, fand im Wittenberg eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Kollege Götze berichtete eingehend über die noch im Gange befindlichen Lohnforderungen und wies darauf hin, daß wir unbedingt zum Abschluß eines Tarifvertrages kommen müßten. Es war aus den Darlegungen zu ersehen, daß die Wittenberger Arbeiter alle erhebliche Forderungen haben, um den Verhandlungen mit unserer Organisation auszuweichen. Die Sache war bereits vor dem höchsten Schlichtungsausschuss, welcher noch weiteren Nachdruck zu der Erkenntnis gewonnen war, daß er nicht zuzustimmen würde, darüber ein Urteil zu fällen. Die Angelegenheit ist nun wiederum an den Herrn Kasseler Ausschuss weitergegeben und es soll nun von dieser Seite aus durch-

